

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 51307
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Post-Konto: Stadtkass Dresden, Giro-Konto Dresden Nr. 666
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Lagezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Gostermitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Garten-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Nachdruck und schwierigen Charakteren werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, c. Abgabe od. Kontur d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwiger Str. 4
90. Jahrgang

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Garten-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Nachdruck und schwierigen Charakteren werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, c. Abgabe od. Kontur d. Auftraggebers.

Nr. 248

Montag, den 22. Oktober

1928

Führerwechsel bei den Deutschnationalen

Westarp wird durch Eugenberg ersetzt

Auf der Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei am Sonnabend ist Geheimrat Eugenberg zum 1. Parteivorstand gewählt worden. Die Wahl war statutenmäßig geheim, ebenso wie die Auszählung der Stimmen.

Nach Schluss der Sitzung gab die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei folgende Mitteilung aus:

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonnabend im Reichstag die zur Neuwahl des Parteivorstandes anberaumte Sitzung ab. Der Wahl ging eine programmatische Aussprache voraus, die von Graf Westarp eröffnet wurde. Nach deren Beendigung wurde die Wahl des Vorsitzenden vorgenommen.

Geheimrat Eugenberg, der als einziger zur Wahl stand,

wurde gewählt und nahm die Wahl an. Seine Wahl wurde durch lebhaften Beifall der gesamten Versammlung begrüßt. Geheimrat Eugenberg übernahm den Vorsitz mit einer kurzen Erklärung. Er sagte zu, daß er ihm übertragene Amt im Sinne der Überwindung der Krise und der Einigkeit der Partei ausüben werde. Daran knüpfte er herzliche Worte des Dankes an den bisherigen Vorsitzenden, Graf Westarp, den die Versammlung durch Erheben von den Sitzen ehrte.

Das Parteiprogramm

Die der „Montag“ meldet, eröffnete der neugewählte Führer, Geheimrat Eugenberg, die Sonntagsvorhandlungen mit einer längeren Rede, in der er u. a. ausführte, daß Deutschland vor dem Ergebnis eines falschen politischen Rechenergebnisses stehe. Die Hoffnungen auf die im wesentlichen von Helfferich durchgeführte Stabilisierung der deutschen Währung hätten sich nicht erfüllt.

Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei heute nur, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schlachtfeld der Welt zu werden.

Dies zu verhindern müsse die Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein.

Auf die Gefahr der Verschuldung eingehend, betonte Eugenberg, daß die Gegenseite es darauf absehe, uns den einzigen Vorteil des Dawesplanes, den Transferschutz, zu nehmen.

Die erste Frage unserer inneren Lage sei die ungeheure Verschuldung.

Wenn diese Form der Wirtschaft noch 10 Jahre fortgesetzt werde, sei Deutschland ausverkauft und das Ende der deutschen Wirtschaft erreicht. Auf die Fragen der Sozialgesetzgebung übergehend, erklärte Eugenberg, daß sich jeder dafür einsetzen müsse, für die breiten Schichten des Volkes jede nur mögliche Fürsorge zu organisieren.

Die soziale Gesetzgebung müsse in bessere Form gebracht werden.

Die deutsche Landwirtschaft laufe Gefahr, in die Hörigkeit des internationalen Kapitalismus zu geraten. Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei sei es, sich nicht

nur mit diesen Fragen zu beschäftigen, sondern auch sich für Aufrechterhaltung des deutschen Geistes einzusetzen und die überparteilichen Kräfte der Wirtschaft und der Wehrverbände anzuregen. Der Leitstern der deutschnationalen Politik bleibe die Freiheit nach innen und nach außen.

Anschließend sprach Graf Westarp über die Tagesarbeit der Deutschnationalen Volkspartei. Das Ende der Locarno-Politik sei selbstverständlich. In den Reparationsverhandlungen sehe er die große Gefahr einer Kommerzialisierung der Dawespläne. Dazu komme, daß Poincaré wahrheitsgemäß nicht die Endlösung der Reparation, sondern nur die Deckung der nächsten dringenden Verpflichtungen Frankreichs beabsichtige.

Auf die Frage der Verfassungsreform eingehend, sprach sich Graf Westarp für die Bildung eines Verfassungsausschusses des Reichstages aus, um über ernste Reformvorschlüsse verhandeln zu können.

Zweck der Opposition sei die Gewinnung der Macht.

Dabei dürfe aber die Interessenpolitik nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt werden. Man müsse die Opposition jederzeit so führen, daß man die Macht übernehmen könne.

Wird die Krise beigelegt?

Daß die Wahl Eugenbergs zum alleinigen Parteivorstand eine Aktion bedeute, die weit über die Grenzen der Partei hinaus von Wichtigkeit ist, bedarf keiner näheren Erörterung.

Innerhalb der Partei ist dieser Vorgang keineswegs ohne Widerspruch geblieben.

Es hat langer und schwerer Kämpfe bedurft, um diesen vorläufigen Abschluß herbeizuführen. Besonders in landwirtschaftlichen Kreisen sieht man der weiteren Entwicklung mit Besorgnissen entgegen. Jedenfalls ist durch die Wahl

Eugenbergs bis auf weiteres völlige Klarheit über den entschiedenen Oppositionskurs der Deutschnationalen geschaffen. Daß dagegen die innere Krise

der Partei zum Abschluß gekommen sei, glaubt man in mittelparteilichen Kreisen nicht. Vielmehr erwartet man einen Gegendruck der starken Arbeitnehmergruppe.

Bis jetzt Reparations-Verhandlungen — ohne Deutschland

Deutschland braucht nur ja zu lazen

Aus dem Inhalt der Besprechungen hört das Reuterbüro, daß in zwei Punkten die Ansicht der Alliierten als übereinstimmend angesehen werden könne, 1. daß die Initiative für die Einberufung einer Konferenz bei der deutschen Regierung liegen solle, und 2. daß der geeignete Platz für die Arbeiten dieser Konferenz Berlin sei. Der Widerstand der deutschen Regierung gegen die Tagung in Berlin sei schließlich überwunden worden, nachdem sowohl Paris als London sich für Berlin ausgesprochen hätten. In der Frage der Teilnahme eines amerikanischen Vertreters nehme Frankreich eine uninteressierte Haltung ein, während Deutschland unbedingt darauf dringe, daß Amerika ebenso wie seinerzeit in der Daweskommission vertreten sei.

Nach dem „Newport Herald“ soll die Konferenz folgendes Ergebnis gehabt haben:

Vorkäufliche Einigung über die Höhe der deutschen Verbindlichkeiten, und eine Einigung darüber, daß die Sachverständigenkommission noch vor dem 1. Januar zusammenzutreten soll.

Wie lassen uns nichts abzwängen!

Es handelt sich offensichtlich bei allen diesen Berichten in der Hauptsache um Kombinationen. Festzustehen scheint lediglich, daß man auf alliierter Seite versucht, eine gemeinsame Formel zunächst ohne Deutschland zu finden, die dann in den kommenden Reparationsbesprechungen als Grundlage dienen soll.

Es kann aber jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß Deutschland einen gemeinsamen Vorschlag der Alliierten durchaus nicht anzunehmen braucht, sondern daß auch dieser nur Gegenstand von Verhandlungen sein könnte. Auch jetzt außer Frage, daß Deutschland keinerlei Lösung annehmen wird, die einer Verschlechterung der heutigen Verpflichtungen Deutschlands gleichkäme. Ob die Reparationskonferenz in Berlin stattfinden wird, ist ungewiß, obwohl deutscherseits an sich hiergegen nichts einzuwenden sein würde.

Barter Gilbert wird nach Abschluß seiner Reise der deutschen Regierung über das Ergebnis seiner Verhandlungen Bericht erstatten. Erst auf Grund seiner Mitteilungen wird es deutscherseits möglich sein, zu den in alliierten Hauptstädten gemachten Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Barter Gilberts Idee

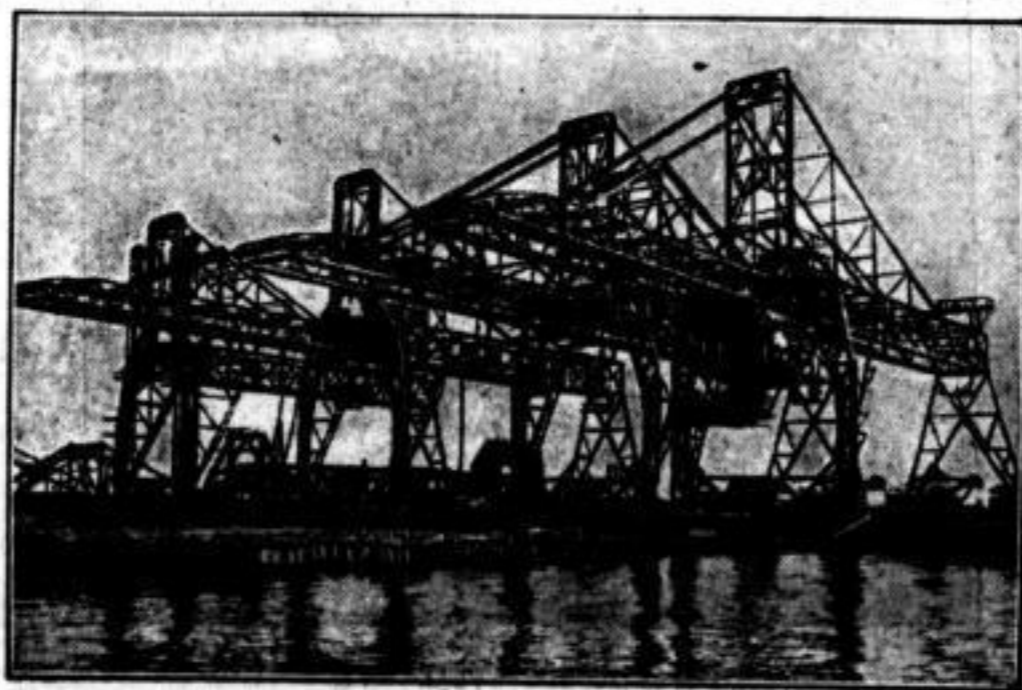
ist etwa folgende:

Die deutschen Schulden werden endgültig fixiert, was auf zwei Arten geschehen kann, nämlich einmal durch Festsetzung einer bestimmten Zahl von Jahreszahlungen und einmal durch Festsetzung einer Endsumme. Wenn man die Jahreszahlungen des Dawesplanes zur Erörterung heranzieht, so ergebe sich bei einer Errechnung des Kapitals eine Summe von 40-50 Milliarden. Der Dawesplan gewähre Deutschland aber den sehr wesentlichen Schutz der Währung, der bei einer Fixierung der Schuldsumme oder gar bei einer Ablösung der deutschen Verpflichtungen durch den Warenverkehr wegfallen würde. Man könne Deutschland daher nicht das Recht absprechen, für den Verzicht auf den Transferschutz eine Herabsetzung seiner Schulden zu verlangen. Angeblich wird von Barter Gilbert die mögliche Schuldsumme auf ein Fünftel bis ein Viertel errechnet.

Soweit die Pläne des Reparationsagenten. Ihre Durchführung findet natürlich starke Schwierigkeiten sowohl in Frankreich, wo man die Kriegsschuldenfrage mit der Reparation verknüpfen will, als auch in England, wo man vor den Wahlen eine Diskussion über diese heiklen Probleme überhaupt zu vermeiden wünscht. Es ist aber ausgeschlossen, daß die englischen und die französischen Sonderwünsche Berücksichtigung finden können.

Gibt Deutschland Dr. Hermes preis?

In sämtlichen Warschauer Sonntagsblättern wird die Nachricht aus Berlin verbreitet, daß die Demission des bisherigen Führers der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen Minister Hermes demnächst bedürftig sei. Als Nachfolger werden die Ministerialdirektoren Schmidt und Vosse erwähnt. Die polnische Presse bespricht diese angeblich bevorstehende Veränderung allgemein mit stiller Genehmigung.



Die Ausstellung „Bauten der Technik“

in Essen wurde am 21. Oktober eröffnet. Besondere Bewunderung erregen die hier gezeigten Verladebrücken von der Friedrich Krupp-A.G.